

Mittwoch, 15. April 2020, Münchner Merkur - Nord / Lokalteil

Bangen um die Betreuungsgebühren

Krippen & Co. haben zu, doch Eltern zahlen weiter – Viele Kommunen zögern mit Kostenerlass

VON BERT BROSCH



Verwaist: Die Kinderkrippe „Kleine Strolche“ in Putzbrunn ist seit Mitte März geschlossen, die Gebühren zieht die Gemeinde aber weiterhin ein. Foto: bert brosch

Feldkirchen – Franci Richter ist Elternbeirätin in Feldkirchen. Mehrere Eltern, vor allem aus Hort und Krippe, haben sich bei ihr beschwert. Der Kritikpunkt: Die Gebühren für ihre Kinder sind im April eingezogen worden, obwohl sämtliche Betreuungseinrichtungen seit 13. März geschlossen sind. Doch Feldkirchens Bürgermeister Werner van der Weck (SPD) lehnt es wie seine Kollegen in Putzbrunn, Grasbrunn,

Garching oder Kirchheim ab, dass die Kommune dafür einspringt. „In Haar und Aschheim wurde aber nichts eingezogen von den Eltern, da zahlen die Gemeinden das Geld an die Träger“, sagt Richter: „Das finden unsere Eltern sehr ungerecht.“

Seit Januar 2020 erhält jedes Kind ab drei Jahren im Kindergarten vom Freistaat 100 Euro, sodass die Eltern dafür nichts mehr oder nur noch zehn, 20 Euro im Monat bezahlen müssen. Für Krippen und Hort, wo monatlich bis zu 300, 400 Euro fällig sind, sieht das ganz anders aus. Ein Zuschuss wie beim Kindergarten ist zwar seit langem im Gespräch, aber noch nicht rechtswirksam. „Wenn eine Alleinerziehende oder ein Elternpaar durch Corona auf Kurzarbeit ist oder sogar arbeitslos wurden, sind 300, 400 Euro im Monat für ein Kind, das sie selbst zu Hause betreuen, enorm viel Geld und nicht nachvollziehbar“, sagt Elternbeirätin Richter.

„Ich kann den Ärger absolut verstehen“, sagt Grasbrunns Bürgermeister Klaus Korneder (SPD). „Doch wir wollen unbedingt das Personal halten, das wir nach der Krise ja dringend benötigen. Wenn wir die jetzt auch auf Kurzarbeit setzen würden, suchen die sich schnell einen anderen Arbeitsplatz.“ Die Träger der Kindereinrichtungen benötigen also das Geld für ihre Mitarbeiter. Zudem, ergänzt Korneder, kämen auf die Kommunen gerade kaum absehbare Corona-Forderungen zu: „Wir müssen die Musikschule und deren Mitarbeiter weiter zahlen, ebenso ist es bei der Volkshochschule, und es sind schon die ersten stark reduzierten Gewerbesteuer-Vorauszahlungen da.“ Die Gemeinden müssten das alles genau berechnen, könnten nicht aus dem Bauch heraus entscheiden und warten daher die Entscheidung des Landkreises ab, so Korneder.

Vom Landratsamt, erläutern die Bürgermeister Dietmar Gruchmann (SPD) aus Garching und Edwin Klostermeier (SPD) aus Putzbrunn, gebe es die klare Empfehlung, das Geld für die Kinderbetreuungseinrichtungen auch für April einzuziehen. Die Kommunen übernehmen diese Aufgabe nicht nur für eigene Einrichtungen, sondern auch für die

freien Träger, wie Diakonie, Caritas, AWO oder die Kirchen. Das Landratsamt allerdings verneint diese „Empfehlung“. Es gebe „weder Richtlinien noch Anweisungen“, teilt eine Pressesprecherin auf Anfrage mit. Man sei zu diesem Thema mit den Kommunen lediglich im Dialog. Gruchmann und Klostermeier ergänzen hingegen, das Landratsamt habe dringend darum gebeten, keine Alleingänge zu starten. Die Kreisbehörde wolle sich bis 15. April einen Überblick über die betroffenen Eltern und die Summen verschaffen und dann eine für alle gültige Regelung schaffen.

Über das Vorpreschen ihrer Kollegen Gabriele Müller (SPD) in Haar und Thomas Glashauser (CSU) in Aschheim sind die Bürgermeister etwas verstimmt. In Haar hat Müller die Kindergebühren „ausgesetzt“, sie sind also nicht erlassen, werden aber auch nicht eingezogen. „Ich sehe das als meine Aufgabe an, den Eltern, die ihre Kinder zuhause selbst betreuen und von denen manche durch das Virus viel weniger Geld haben, sofort zu helfen“, erklärt die Bürgermeisterin. Sie hoffe daher auf das Okay des Gemeinderats in der Sitzung am 28. April. Einen weiteren Monat, ergänzt Müller, könne dies die Gemeinde aber nicht übernehmen, dann müsse eine Regelung vom Kreis oder Land da sein. Sie könne noch nicht abschätzen, um welche Summe es genau gehe, „aber es ist ein hoher Betrag“.

In Garching geht Bürgermeister Gruchmann davon aus, dass es ein „nahezu sechstelliger Betrag im Monat ist, den wir übernehmen müssten“. Eine Investition, die im Haushalt allerdings nicht vorgesehen sei. Er warte die heutige Stellungnahme der Bundeskanzlerin ab. „Wir sind auch gespannt, welche Ansagen aus der Bayerischen Staatskanzlei kommen, denn die haben die Schließung angeordnet und müssten nach dem Verursacherprinzip zahlen“, sagt Gruchmann. Auch Kirchheims Bürgermeister Maximilian Böttl (CSU) wartet vor einer Entscheidung der Kommune „zwingend auf eine bayern- oder bundesweite Lösung“.